

■ Erstaufnahmeeinrichtung, Landesjugendfeuerwehrscheule und Freiwillige Feuerwehrr Cappeler

Eine Entscheidung ist zwar gefallen, aber wie ist der aktuelle Stand?

Lange ist nichts passiert, eine verwaiste Erstaufnahmeeinrichtung, ein Rechtsstreit zwischen dem Land Hessen und Architekten wegen des Neubaus von Landesjugendfeuerwehrscheule und der Cappeler Feuerwehrr.

Keine Aussagen, keine Planungssicherheit, keine Nutzungspläne.

Dank der Kontaktaufnahme des Ortsbeiratsmitgliedes, Peter Hesse (SPD), zur Landtagsabgeordneten Handan Özgüven (SPD), unmittelbar nach der Jahreshauptversammlung der Cappeler Feuerwehrr am 17. März 2017, konnte Bewegung in das Thema gebracht werden.

Handan Özgüven verdeutlichte dem hessischen Innenminister Peter Beuth die unzufriedenstellende Situation für die Feuerwehrr und bat um einen Gesprächstermin.

Ein Besuch von Haupt- und Ehrenamtlichen Feuerwehrrkolleginnen und -Kollegen (Carmen Werner, Marc Prause, André Cappeler, Carsten Jöstingmeier) im hessischen Landtag am 01. Juni 2017 erhöhte den Druck auf die Landesregierung zur Klärung und Entscheidungsfindung.

Am 21. Juni waren dann endlich Verantwortliche aus den Ministerien in Marburg und beschlossen, dass das Land 60% der Fläche der Erstaufnahmeeinrichtung, inklusive der 6 Holzhäuser, kaufen, und zum Umbau der Landesjugendfeuerwehrscheule nutzen wolle. Die restlichen 40% der Fläche, ca. 4200m², könnten für den Neubau des Stützpunktes der Freiwilligen Feuerwehrr Cappeler dienen. Seit gut 8 Wochen prüft das Hochbauamt inwieweit das Gelände für einen Feuerwehrrstützpunkt geeignet ist.

Da bisher noch keine Fortschritte erkennbar sind, hat die Cappeler SPD einen Antrag in den Ortsbeirat eingebracht, der zum einen eine Beschleunigung der Flächenaufteilung sowie der Planungen zum Feuerwehrrstützpunktneubau fordert, und des weiteren die Möglichkeit einer Freifläche für die Öffentlichkeit zum Spielen, Radfahren lernen und ähnlichem in den Planungen an dieser Stelle berücksichtigen soll.

Dieser Antrag wurde in der letzten Ortsbeiratssitzung am 30. August einstimmig beschlossen und an den Magistrat der Stadt Marburg weitergeleitet.

Wir als SPD bleiben in jedem Fall am Ball, um für alle Beteiligten eine zügige und zufriedenstellende Lösung zu erhalten.

Positiver Effekt der Verzögerungen: die Feuerwehrr kann ihr traditionsreiches Oktoberfest in diesem Jahr noch am alten Platz feiern und zwar am 23. September, einen Tag vor der Bundestagswahl.

